

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 2.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 75 Pfg. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr.

Hannover, Sonnabend, den 15. Oktober 1892.

Inserate kosten pro einpaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfg. Offerten-Annahme 10 Pfg. Redaktion und Verlag: Klostergang 4 A.

1. Jahrg.

Bekanntmachung.

Hannover. Den Bevollmächtigten zur Kenntnissnahme, daß ich nicht mehr Linden, Riesenstraße 21, sondern Hannover, Burgstraße 3, 2. St., wohne, und bitte ich, sämtliche Abrechnungen und Gelder recht pünktlich dahin abzusenden zu wollen.

Mit kollegialischem Gruß

J. Wilhelm.

Zur Beachtung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß das neue Material mit Eintreffen dieser Nummer versandt ist; sollte eine Anzahl vergessen oder das Material nicht hinreichend sein, so bitte, mir Nachricht zukommen zu lassen. Wir bitten die Bevollmächtigten sowohl als alle Kollegen, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Reste beglichen werden. Die Mitglieder, welche ihre Beiträge bis zum 1. Oktober bezahlt, erhalten das neue Mitgliedsbuch unentgeltlich. Es liegt daher im Interesse der Mitglieder wie des Verbandes, daß im vorstehenden Sinne gewirkt wird. Es sind nur zwölf Kollegen geneigt, lieber wieder neu einzutreten, als die restierenden Beiträge zu begleichen. Jedoch müssen dieselben dann die Karenzzeit noch einmal durchmachen, um wieder vollberechtigte Mitglieder zu werden; dem muß entgegen getreten werden, die Kollegen schädigen sich durch solches Beginnen in erster Linie selbst.

Kollegen! Neue Aufgaben haben wir zur Ausführung übernommen: einen weiteren Ausbau der Organisation, damit dieselbe eine Trup- und Schutz-Organisation werde! Dies wird aber nur zur Ausführung gelangen können, wenn Ihr, ja schon des Kampfes gewohnt, in erneuter und verdoppelter Anstrengung Eurer Kräfte weiterkämpft. Benutzt dazu Euer Organ „Der Proletarier“, kein Exemplar desselben wegwerfen! „Der Proletarier“ soll in den Häuten seine Brüder aufsuchen, zum Mitkämpfen anfeuern und anspornen, die Rässigen und Müden ermutigend, den endgültigen Sieg ihnen anzeigend. Agitiere und werbe jeder von Euch, die schwere Zeit des wirtschaftlichen Niederganges bedarf der doppelten Thätigkeit, damit wir bei Wiederbeginn eines regeren Geschäftsganges nicht vollständig entwaffnet dastehen, sondern mit einer kernigen Truppe in Bereitschaft stehen, den Kampf zur Verbesserung unserer Lage aufzunehmen.

Mit kollegialischem Gruß

J. A. Aug. Brey.

Die preussische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1891.

II.

Alle Vorwürfe, die von den Arbeitern gegen die Fabrikinspektoren erhoben werden, müssen aber von nun ab als ungerecht gelten, da sich amtlich und selbstgemäß herausgestellt hat, daß die Fabrikinspektoren, selbst wenn sie den Arbeitern energisch helfen wollten, dies gar nicht dürfen! Die Fabrikinspektion soll beileibe nicht den Arbeitern denjenigen Schutz gewähren, den diese für notwendig erachten, sondern nur dazu da sein, um dem Wunsche des Unternehmers gemäß sich zu zeigen.

Diese Behauptung wird bewiesen durch nachstehende Dokumente, die in den letzten Wochen zur öffentlichen Kenntniss gelangt sind:

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ (Nr. 527 vom 23. September) theilt folgenden Schriftwechsel mit:

„Berein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. Köln, den 9. September 1892. An unsere Mitglieder. Die Nr. 18 vom 1. Juni d. J. der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ brachte folgende Notiz:

Der hiesige Gewerbe-Inspektor theilt uns mit, daß er bei Wünschen der Arbeiter in Bezug auf Abänderung von Arbeitsordnungen, soweit solche Wünsche sich auf geschlechtem und allgemein rechtlichem Boden bewegen, jederzeit gern bereit sei, vermittelnd zwischen Arbeitern und Unternehmern zu wirken. Auch ersucht er, ihm von gesundheitsgefährdenden Einrichtungen in einzelnen Fabriken wie auch von allen berechtigten Klagen über Betriebs- und Arbeitsverhältnisse Mittheilung zu machen, damit er im Stande sei, eingreifen zu können. Um den Arbeitern Gelegenheit zur Anbringung ihrer Klagen zu geben, ist der Gewerbeinspektor gern bereit, Sonntags Morgens eine Sprechstunde in seinem Bureau einzurichten.“

Der Vorstand des Vereins hat sich durch diese Veröffentlichung veranlaßt gesehen, das nachstehende Schreiben an den Herrn Regierungspräsidenten zu richten:

„An den königlichen Regierungspräsidenten Herrn v. Sydow, Hochwohlgeboren hier. Sw. Hochwohlgeboren beehrt sich der unterzeichnete Vorstand in der Anlage die Nummer 18 vom 1. Juni d. J. der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ ganz ergebenst zu überreichen und auf die in derselben enthaltene Mittheilung des königlichen Gewerbe-Inspektors Jäger hier hinzuweisen. Wir können es nicht unterlassen, bei Sw. Hochwohlgeboren über ein solches Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspektors Beschwerde zu führen und Sw. Hochwohlgeboren zu bitten, geneigtest dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Zunächst halten wir es für unrichtig, daß der königliche Gewerbe-Inspektor gerade ein sozialdemokratisches Blatt zu einer für die Arbeiter bestimmten Mittheilung benützt. Es liegt hierin mindestens eine amtliche Anerkennung der sozialdemokratischen Presse als Organ der Arbeiterklasse, was wohl kaum den Absichten der königlichen Regierung entsprechen dürfte. Was den Inhalt der Mit-

theilung betrifft, so werden Sw. Hochwohlgeboren mit uns sich der Ansicht nicht verschließen können, daß derselbe nicht nur geeignet ist, das Vertrauen der Industriellen zur königlichen Regierung zu erschüttern, sondern auch das gute Vernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern untergraben muß, indem der Arbeiter geradezu zur Denunziation seines Arbeitgebers aufgefordert und sogar zum Richter über die Betriebsrichtungen und Arbeitsverhältnisse gemacht wird. Im Interesse der guten Ordnung bitten wir Sw. Hochwohlgeboren um eine geneigte Mittheilung über Ihre Stellung zu dem erwähnten Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspektors, damit wir den Industriellen eine beruhigende Erklärung geben können. Mit vorzüglicher Hochachtung Der Vorstand des Vereins, i. A. des Eugen Langen, Geheimer Kommerzienrath, Vorkämpfer.

Auf dieses Schreiben erhielt der Vorstand folgende Antwort:

„An den Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln u. S. des Geheimen Kommerzienraths Herrn Eugen Langen, Hochwohlgeboren, hier. Köln, den 11. Juli 1892. Dem Verein theile ich auf die gefällige Zuschrift vom 18. v. Mts. ergebenst mit, daß der Artikel der „Rheinischen Zeitung“ vom 1. v. Mts. d. d. Köln, den 31. Mai, beginnend mit den Worten: „Der königliche Gewerbeinspektor u. s. w.“ weber auf meine Berufung veröffentlicht ist, noch meinerseits gebilligt wird, und daß ich dem königlichen Gewerbeinspektor Jäger das Erforderliche eröffnet habe. Der Regierungspräsident, J. B. gez. Fint.“

Indem wir den vorstehenden Schriftwechsel zur Kenntniss unserer Mitglieder bringen, bitten wir, etwaige weitere Klagen über das Vorgehen des Herrn Gewerbeinspektors an uns gelangen zu lassen; wir werden nicht verfehlen, dieselben von Vereins wegen in geeigneter Weise an die maßgebende Behörde weiterzugeben. Der Vorstand J. A. Der Vorkämpfer.“

Arbeiter, lest aufmerksam diese Aktenstücke! Welchen Werth die heutige Fabrikinspektion für den Arbeiter hat, ist daraus klar zu ersehen! Findet sich wirklich einmal ein Fabrikinspektor, der den Arbeitern helfen will, dann wird er vom Regierungspräsidenten und vom Unternehmertum getrüffelt!

Welcher Hohn auf die vielgepriesene Sozialreformerei.

Selbstverständlich nimmt das Unternehmertum die Partei des Regierungspräsidenten. In schamlosester Weise geschieht dies durch die „Nationalliberale Korrespondenz“, deren Wochenzettel der „Hannov. Courier“ zum Abdruck bringt. Die Unternehmer benutzen die Gelegenheit, um gegen den Gewerbeinspektor von Köln wie gegen den verdienstvollen in Mannheim, Wörishoffer, den wegen seiner wissenschaftlichen sozialen Studien die Universität Freiburg i. B. zum Ehren doktor ernannte, zu hetzen.

Die „Nationallib. Korrespondenz“ schreibt, der Fabrikinspektor soll der Vertrauensmann der Arbeitgeber und der Arbeiter sein.

Beide Theile müssen das Vertrauen zu ihm haben, daß er ohne Voreingenommenheit nach der einen oder anderen Seite ledig-

Ein Gesellschaftsretter.

Zeitgemäße Geschichte von A. Otto-Walster.

2) (Nachdruck verboten.)

Aber das Bureau des Herrn Obenaus? Offen unter uns gesagt, und wir hoffen, daß unsere Leser verschwiegen sein werden, hatte es kaum jebiel zu thun, daß der Schreiber, Friedrich Sonntag, durch dasselbe genügende Beschäftigung finden konnte. Aber dieses Bureau bildete so eigentlich die „geheime“ Ausgabe des gemeinnützigen Mannes, der damit seine eigentliche, wesentliche Schwäche bemäntelte. Unser Gemeinderath, Kirchenvorsteher, Armeninspektor, Gerichtsschöppe, Friedensrichter, Geschworener, Bezirksauschussmitglied u. dergl., war nämlich im „Schriftlichen“ nicht sehr bewandert; er lag mit der deutschen Grammatik und Orthographie in einem schon vierzigjährigen Kriege, in einem längeren also, als die Weltgeschichte überhaupt heilige Kriege kennt, und die Thätigkeit des Schreibers, welcher sein Bureau bildete, war hauptsächlich, wesentlich und ursprünglich der geschäftlichen Thätigkeit des Herrn Obenaus in kirchlichen und gemeindlichen Angelegenheiten gewidmet. Hätte der würdige Mann nicht das große Agentur- und Kommissionsgeschäft gegründet, so hätte man die beständige Anwesenheit des Schreibers böswillig auslegen können.

Friedrich Sonntag war demnach eine geheimnißvoll vielbedeutende Persönlichkeit, und dennoch hörten wir ihn beim Beginne unserer wahrheitsgetreuen Geschichte den verzweifelungsvollen Ruf, noch dazu an einem Montag Morgen, ausstoßen:

„Die Woche fängt gut an!“

Da müssen wir doch wohl zusehen, was dieser Schmerzensschrei zu bedeuten hat?

II.

Friedrich Sonntag ist, wie alle unsere hübschen Leserinnen, wenn sie ihn nur erst einmal ordentlich ansehen wollten, zugestehen würden, ein sehr hübscher junger Mann

in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre; sein reiches mattblondes Haar steht dem zwar etwas bleichen, aber edel geschnittenen und männlichen Gesichte mit der wohlgeformten römischen Nase recht gut, und wenn seine fast wasserblauen Augen auch für gewöhnlich ein wenig gleichgültig dreinschauen, so bekommen sie doch unter Umständen einen recht seelenvollen, lebenswarmen Ausdruck. Und so sehen ihn wir eben jetzt; seine Wangen haben sich merklich geröthet. Er hat auch wohl Ursache!

Gerade an diesem Morgen, da er sich, wie immer seit den drei Jahren, da er dieses Bureau zu bilden berufen war, pünktlich um 8 Uhr an seinen Arbeitsplatz gesetzt hatte, erschien der Herr Chef des Büreaus und ließ die verhängnisvollen Worte vernehmen:

„Herr Friedrich Sonntag, guten Morgen! Bemühen Sie sich heute nicht erst, denn wir müssen uns trennen!“

„Wie, Herr Obenaus?“ hatte der Angeredete ein wenig verwundert und auch ein wenig erschreckt gefragt.

„Ja, es thut mir leid, hm, hm; aber wie ich Ihnen bereits früher in Aussicht stellte, mehrfach und wiederholt in Aussicht stellte, mehrfach und wiederholt in Aussicht stellen mußte, daß ich Sie infolge Ihres fortwährend provozirenden Wesens willen einmal würde entlassen müssen, so ist der Tag auch wirklich gekommen. Unerhört zwar, hm, hm, aber dennoch war. Es geht nicht mehr. Sie haben trotz meines strengsten Verbotes sich nicht abhalten lassen, gestern bei dem sogenannten Arbeiterfeste eine sogenannte Festrede zu halten und sich dabei, wie der Stadtdiener amtlich uns noch gestern rapportirt hat, in der aufreizendsten Weise über gleiches Recht für Alle, Gleichberechtigung, Allgemeines Wahlrecht, für ähnliche schwindelhafte Ausgebirten einer falsch verstandenen Weltordnung ausgelassen und dabei sogar Vergleiche gebraucht, die für mich, Ihren Arbeitsherrn, sowie für meine Herren Mitkollegen von der gravirendsten Art sind. So haben Sie die gesetzlichen Bestimmungen, welche das Wahlrecht an den

wohlbegründeten Besitz knüpfen, dadurch lächerlich gemacht, daß Sie gesagt haben, ein dummer Mensch, der so und so viel Döhen besitzt, ist wahrberechtigt, ein geheimer Mensch, der die Döhen nicht besitzt, ist nicht wahrberechtigt, folglich ist der Gewählte so recht eigentlich ein Vertreter von Döhen.“

„Aber, Herr Obenaus...“

„Keine Ausflüchte, Herr Sonntag; haben Sie das gesagt oder nicht?“

„Nun, ich habe wohl dieses Beispiel, welches übrigens nicht meine Erfindung ist, nebenbei, wenn auch mit anderen Worten, gelegentlich mit angeführt.“

„Sie gestehen also zu? wie? und Sie schämen sich nicht? unerhört, hm hm, so etwas zu erleben!“

„Nun, Herr Obenaus, zu schämen ist hier garnichts. Was wahr ist, ist wahr. Heute habe ich z. B. weder das Recht zu wählen, noch gewählt zu werden, weil ich nur 19 Thaler 15 Groschen monatlich von Ihnen Gehalt beziehe. Wenn Sie mir aber heute die versprochene Zulage von monatlich 15 Groschen geben, darf ich mitwählen, und wenn Sie mir jetzt hundert Döhen schenken wollten, so würde ich bei der Werthschätzung, in der die Döhen heutigen Tages stehen, als so vermögend dastehen, daß ich in den Landrath, wie in den Gemeinderath gewählt werden könnte. Geheuer und geschickter wäre ich durch den Besitz der Döhen doch nicht geworden?“

„Ja, ja, man merkt es schon, worauf die Döhen zielen, und ich sage, es ist eine Schande, wie man in unserem Lande so reden darf. Ich aber kann und werde Ihnen beweisen, daß in allen unseren Staats- und Gemeindefassungen ein tiefer Sinn liegt, hm, ich sage ein unerhört tiefer Sinn liegt darin. Und wenn Sie, statt in solche Wählerveranstaltungen zu gehen, um sich dort den Kopf verbrennen zu lassen und Anderen verbrennen zu helfen, in den gemeinnützigen Verein zur Vorbereitung der Volksaufklärung gingen, sich überhaupt, wie es Ihrer Stellung in meinem Bureau entspricht, in anständigerer Gesellschaft bewegten, in welchem Falle ich Ihnen längst eine Zulage

lich die gerechte Ausföhrung der gesetzlichen Vorschriften im Auge hat. Ist das der Fall, dann wird es ihm ein leichtes sein, auch in Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich in den Kreis seiner Wirkungskreise gehören, vermittelnd zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu wirken und so die Herstellung eines f6r die beiden Theile wie f6r das Gemeinwohl ersprießlichen Einvernehmens zu f6rdern. Dieser Zweck kann aber niemals erreicht werden, wenn der Gewerbeinspektor einseitig in der Rolle eines Anwalts der Arbeiter auftritt. Daß die Sozialdemokratie es so w6nscht, ist selbstverst6ndlich; sie w6nscht das Institut der Gewerbeinspektoren wie eine staatliche Anerkennung und Organisirung des Massengegenf6rses behandeln. Ganz folgerichtig fordert sie denn auch, daB die Gewerbeinspektoren von den Arbeitern gew6hlt werden sollen. Gerade daraus aber erhellt, wie die Stellung des Gewerbeinspektors aufgefaßt werden muB, wenn dieser Beamte nicht eine Handhabe zur Verschärfung des sozialen Kampfes werden soll. Derartige Betrachtungen sind schon wiederholt, namentlich durch Vorgänge in Baden, nahegelegt worden; erneuten Anlaß dazu bietet das soeben die Presse beschäftigende Vorgehen des Gewerbeinspektors in Aachen. Dieser mag von den besten Absichten befeßt sein, aber die Weise, wie er sich durch Vermittelung eines sozialdemokratischen Parteiorgans den Arbeitern als Anwalt angeboten hat, ist eben der Weg, den man nicht gehen darf, wenn man zur Verh6hnung der Gegenseite beitragen will. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeitgeber über dies Vorgehen lebhaft Beschwerde gef6hrt haben, und es ist lediglich in der Ordnung, daB der Regierungspräsident den F6hrer des Beamten als solchen anerkannt hat. Man kann nur w6nschen, daB durch dies an sich bedauerliche Vorkommniß die richtige Auffassung der Stellung des Gewerbeinspektors gef6rdert wird.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Der Fabrikinspektor soll das Vertrauen der Arbeiter haben; wenn er sich aber ernstlich um dasselbe bewirbt und dieselben auffordert, ihre Beschwerden bei ihm vorzubringen, dann — dann verliert er das Vertrauen des Arbeitgebers, dann will er die Gegenseite verschärfen, dann wird er einseitig, der Anwalt der Arbeiter!

Das ist echt nationalliberaler 'verlogener Kampfesweise! Statt gerade heraus zu sagen; wir wollen nicht, daB der Gewerbeinspektor sich mit den Arbeitern in Verbindung setzt, winden und drehen sich die nationalliberalen Hege hin und her, um den Gewerberath f6r sein ehrliches, pflichtgemäBes, im Rahmen der heutigen ihm zugewiesenen Pflichten liegendes Vorgehen zu verb6chtigen!

Nun — im Reichstage sehen wir uns wieder! Dort wird der Strauß ausgefochten werden! Nicht als ob wir meinen, der Reichstag werde das Geleßt der Unternehmer, welche den K6lner und Marzheimer Gewerbeinspektor gemahregelt w6nschen, zur6ckweisen! Das f6llt diesem Reichstage, in dem Junker, Pfaff und Gelbjack die Mehrheit bilden, gar nicht ein; aber 6ffentlich festgenagelt soll dort werden, in welche Bedienststellung das Unternehmertum die Gewerbeinspektoren bringen will und welchen Werth demnach das ganze Gewerbeinspektorat im Deutschen Reiche hat. Die Vertreter der Arbeiter, die Sozialdemokraten, werden bei der Kritik dieser Zustände der Regierung und dem Volke klaren Wein einschenken.

Die Lage der Knopfarbeiter.

le. Es ist eine mittlerweile ziemlich bekannt gewordene Thatsache, daB der weitaus gr6Bte Theil der Knopfarbeiter ein Dasein f6hrt, welches geradezu menschenunw6rdig genannt werden muB. Wenn hier die Frau nicht mitverdient, so ist es denselben rein unm6glich, auch nur das nackte Leben zu fristen. Sollte hieran noch Jemand den geringsten Zweifel hegen, dem empfehlen wir einen Rundgang durch die Wohnungen der Knopfarbeiter und er wird finden, wie Frauen und Kinder von Morgens fr6h bis Abends sp6t am „Nietbod“ sitzen, um einen Beitrag zum Haushaltungsgelde zu erwerben.

Die Löhne der Knopfarbeiter sind in den letzten Jahren um circa 40 Prozent herabgedrückt worden. Der Durchschnittslohn betrug noch vor 4 bis 5 Jahren — nat6rlich nur in der sogenannten „guten Zeit“ — 25 bis 30 Mark, w6hrend derselbe heute h6chstens 16 Mark betragen d6rfte.

Bekanntlich hat nun diese Branche sehr unter der Mode zu leiden, f6llt diese nicht zu deren Gunsten aus, so treten sehr oft Krisen ein, welche die Arbeiter so weit zur6ckbringen, daB sie ihre Schulden, die in Folge der schlechten Zeit gemacht werden muBten, auch beim besten Willen nicht mehr bezahlen k6nnen. Diese Krisen verl6ngern sich nun von Jahr zu Jahr und es ist wohl vorauszusetzen, daB dieselben den g6nzlichen Ruin dieser Branche im Gefolge haben. W6hrend in fr6heren Jahren die Knopfabriken im Sp6tsommer noch in voller Thätigkeit waren, oft bis Ende September nicht genug fertig zu stellen wußten, zeigte sich die Gesch6ftsflaute in diesem Jahre auBergew6hnlich fr6h an; der Monat Juli war kaum zu Ende und mit ihm schien alles Leben aus den genannten Fabriken geschwunden zu sein. Die Mehrzahl derselben lassen schon nur noch dreiviertel Tag arbeiten; eine Firma hat sogar s6mmtliche St6ckarbeiter entlassen, um — die Versicherungsbeiträge zu sparen.

Mit den Lohnreduktionen wird bei einem sich christlich und arbeiterfreundlich nennenden Fabrikanten ganz systematisch verfahren. Sobald die Krise eintritt, wird den Arbeitern gesagt, es ständen noch Kommissionen in Aussicht, (?) diese m6ßten aber so und so viel billiger gemacht werden. Die Arbeiter wissen nun, woran sie sind und daB der Abzug nicht nur f6r die angeblich in Aussicht stehenden, sondern f6r alle Kommissionen gilt; da aber eine Zeit bevorsteht, welcher jeder Arbeiter mit Grauen entgegen sieht, so gehen dieselben stillschweigend dar6ber weg, um das bisshen Arbeit nicht noch g6nzlich zu verlieren. Sollte aber irgend einer es wagen, sich hiermit nicht einverstanden zu erkl6ren — nun es sind ja in der schlechten Zeit Leute genug da!

Nun berufen sich die Fabrikanten bei den fast bei jeder Saison wiederkehrenden Lohnbr6udereien auf das Ausland. Im Ausland, sagen sie, wird so billig fabriziert, daB wir kaum noch damit konkurrieren k6nnen. Nebenbei bemerkt: die Fabrikanten im Auslande haben genau dieselbe Ausrede. Gesezt den Fall, es w6re dies richtig, so wird man unwillk6rlich zu der Frage gedr6ngt: Wer hat es denn verschuldet, daB das Ausland der deutschen Knopffabrikation so groBe Konkurrenz bietet? Hierauf giebt es nur eine Antwort: Die uners6ttliche Profitgier der Fabrikanten tr6gt, wie in jeder Branche, so auch hier einzig und allein die Schuld.

England und Amerika waren bis noch vor Kurzem die Hauptabsatzgebiete f6r diesen Artikel, wenn auch englische Waare allgemein verlangt wurde, so waren es doch ausschlieBlich deutsche Fabrikate, welche von hier auf den englischen Markt und von dort nach allen Weltgegenden, auch nach Deutschland (!) als englisches Produkt versandt und verkauft wurden. Mit der deutschen Knopffabrikation konnte England und Amerika noch bis vor Kurzem nicht konkurrieren, da dort die Einrichtungen gegen6ber der deutschen sehr primitive zu nennen waren. Dieses ist aber jetzt anders geworden; beide L6nder produzieren ihren Konsum zum gr6Bten Theil selbst, es sind viele gr6Bere Fabriken dort angelegt und durch deutsche und b6hmische Arbeiter nach hiesigem Muster eingerichtet worden. So lange der Arbeiter noch halbwegs seinen Unterhalt verdienen konnte, kam es ihm nicht in den Sinn, bei den g6nstigen Angeboten in's Ausland zu gehen, doch je mehr die Löhne von profitw6thigen Fabrikanten herabgedrückt wurden, je mehr schwanden die Bedenken der Arbeiter, ihre heimatliche Scholle zu verlassen und in der Fremde ihr Gl6ck zu versuchen. — Hierdurch erleben wir, daB die hiesigen Fabrikanten das Ausland nicht zu f6rchten hatten und auch jetzt noch allen die Spitze bieten konnten, wenn nicht die Geldgier ihnen die Augen so verblendet h6tte, daB sie im Launen der Habgier den Untergang der ganzen Branche in den hiesigen Distrikten herbeif6hrten.

Die Behandlung der Arbeiter seitens der Prinzipale und Vorgesetzten l6sst auch sehr viel zu w6nschen übrig, bei der geringsten Kleinigkeit wird denselben die Th6r gewiesen. Strafen geh6ren in verschiedenen Fabriken mit zur Tagesordnung und wie es mit den Fabrikanten-Rassen steht, das l6sst sich nach alledem leicht begreifen. Der Fabrikant f6hrt den Vorstoß und der Vorstand ist meist aus solchen Leuten zusammengesetzt, welche man in der Regel mit dem Namen „H6dentreter“ belegt. Die Mitglieder-Versammlungen werden nach Feierabend einberufen, wo sich der Arbeiter nach Hause sehnt, weiß er doch so wie so schon l6ngst, daB er hier nichts zu liegen hat resp. darf. Aus diesem Grunde sind in den Versammlungen immer nur wenige Mitglieder anwesend und diese wagen nicht, gegen dieses System Opposition zu machen. Einen Anzeichen zu bekommen, ist in einigen Fabriken jaft unm6glich; verlangt ein Mitglied einen solchen, so hat dasselbe sich zuerst einem Kreuzener von Fragen seitens der Vorgesetzten zu unterwerfen, noch vor einiger Zeit ist es vorgekommen, daB eine Frau vom Kontrollf6hrer einen Anzeichen verlangte, dieser wollte absolut wissen, was die Frau sagte; sie verschweig ihm dieses — vielleicht aus Schlichtheitsr6cksichten — und der „Herr Kontrollf6hrer“ verweigerte den Schein mit der Motivirung, daB sie nicht krank w6re, wenn sie nicht sagen k6nnte, was ihr fehle. Erst nachdem die Frau drohte, ihr Recht an anderer Stelle zu suchen, wurde ihr das Verlangte ausgeh6ndigt. Wahrscheinlich, dieses sind Zustände, wohl darnach angethan, sobald wie m6glich eine Verbesserung der Lage des Knopfarbeiters herbeizuf6hren und dem gewaltigen Druck von Oben einen noch gewaltigeren von Unten entgegenzusetzen. Die Knopfarbeiter sind zwar durch den fortw6hrenden Nothstand in Apathie gesunken, sie, die es am allern6thigsten h6tten, sich dem Fabrikarbeiter-Verbande anzuschließen, sind hier am wenigsten vertreten, doch glauben wir, daB es nur dieses Anstoßes bedarf, um dieselben aus ihrer lethargie aufzur6ckeln, sod6B wir bei n6chster Gelegenheit sagen k6nnen: Die Knopfarbeiter stehen wohlger6stet den Machinationen der bestehenden Klassen gegen6ber. Deshalb, Knopfarbeiter, rufen wir Euch besonders zu: Organisirt Euch, schlieBt Euch ohne Ausnahme dem Verbande der Fabrik-, Land-, H6lfenarbeiter und Arbeiterinnen an.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Ende August fand in Glasgow (Schottland) der Kongress der Gewerkschaften GroBbritanniens statt, der von groBer Wichtigkeit f6r die gesamte Arbeiterbewegung ist. Bekanntlich besitzen die englischen Arbeiter seit Jahrzehnten eine vortreffliche gewerkschaftliche Organisation, haben mit Hilfe derselben bedeutende Siege errungen, besitzen groBe Reservesfonds und waren daher 6berzeugt, daB ihre Kampfesweise gegen das Kapital die einzig richtige sei. Je mehr aber die maschinelle Technik fortschritt und an Stelle des gelehrten Arbeiters den ungelerten verwenden konnte, je mehr auBerdem in Folge dieser selben Vervollkommnung der Maschinen menschliche Arbeitskr6fte 6bersfl6ssig wurden und die Zahl der Arbeitslosen wuchs, um so mehr wurden auch die englischen Arbeiter davon 6berzeugt, daB allein die gewerkschaftliche Organisation dem Arbeiter nicht helfen k6nne, daB nicht nur durch die wirtschaftlichen K6mpfe zwischen Arbeit und Kapital die M6glichkeit gegeben sei, das Loos des Arbeiters zu bessern, sondern daB die Gesetzgebung, die politische Macht von den Arbeitern erobert werden muB. Immer mehr aber wird die Arbeiterschaft GroBbritanniens auch davon 6berzeugt, daB nicht nur einzelne Schutzgesetze f6r den Arbeiter nothwendig sind, sondern eine vollkommene Umgestaltung der Produktionsweise eintreten muB, die von Grund aus die kapitalistische Herrschaft beseitigt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindert. Diese sozia-

von monatlich einem halben Thaler zugestanden h6tte, m6ßten Sie das richtige Prinzip l6ngst eingesehen haben. Denn das Verm6gen ist der greisbare Beweis f6r die F6higkeit und Solidit6t des Mannes, das ist ja unerh6rt leicht einzusehen. Nur wer selbst seine eigene Wirtschaft in Flor zu bringen wußte, versteht sich auch auf den Stadt- und Staatshaushalt.“

„Nun es hat wohl viele sehr bedeutende Leute gegeben, die es nie zu Privatverm6gen bringen konnten, obwohl sie ihr Geld niemals liebed6rftlich verschwendeten.“

„Dann hat, . . . ja, ja, es giebt, hm, hm, aber dann hat ihnen eben die wirtschaftliche Seite gefehlt“ und die ist in Gemeinde- und Landesangelegenheiten die Hauptache.“

„Dort giebt es wohl noch andere Angelegenheiten z. B. Schulen, 6ffentliche Gesundheitspflege, Bauten, Kunst, Wissenschaft u. s. w.“

„Ja, ja, es giebt, es sind, aber das besorgt Unsererins auch mit nebenbei, n6thigenfalls l6sst man sich dar6ber Gutachten ansuchen.“

„Man muB sie aber verstehen. Und 6brigens haben doch Viele von den wirtschaftlichen Seiten ihr Verm6gen ohne geerbt?“

„Dann haben sie wirtschaftliche und verst6ndige Eltern gehabt, die ihnen die richtige Erziehung gaben.“

„Und Manche fehlt selber die Erziehung, die haben z. B. bloB in der Lotterie gewonnen“, fuhr der Schreiber mit unersch6tterlicher F6higkeit fort.

„Nun ja, nun ja, es giebt, hm, hm, das sind Ausnahmen, die beweisen die Regel.“

„Nun, und du lieber Gott, wie viele Gescheute, selbst Geniale in der Gesch6ftswelt hat es gegeben, welche durch anvorhergehene Krisen in der Gesch6fts- und Handelswelt ihr Verm6gen einb6ßten, w6hrend ganz untergeordnete Gesch6ftsleute zuf6llig verschont blieben.“

„Papperlappapp, das sind Ausfl6chte und Redensarten; bei solchen Gelegenheiten gehen immer nur die verwegenen

Gl6cksspieler, die uners6ttlichen Spekulanten zu Grunde, und die taugen denn auch f6r die Verwaltung von Land und Gemeinden nichts. Ich selbst kann mich als ein leibhaftiges Beispiel hinstellen, da wird Sie wohl befriedigen. Warum bin ich reich geworden? In meiner Familie sah man mich immer als den D6mmsten an, w6hrend man meinen Bruder j6rmlich als eine Genie ausbot. Aber das Leben macht die Probe aus's Exempel. Wir waren Beide Wollh6ndler, wie unser Vater. Bei der groBen Krise im Jahre 1861 gingen Hunderte kaputt, mein gemaler Bruder auch, aber ich, der Dumme, ich wurde reich. Sei, das war wohl Zufall? Nein, es war Berechnung. Mein Bruder hatte sich immer mehr auf die Baumwolle verlegt, w6hrend ich mehr Sympathie f6r die Schafwolle hegte. Als aber der groBe amerikanische B6rgerkrieg mit den aufr6hrerischen S6dstaaten losging, blieb die Baumwolle aus, und die Preise f6r die Vorr6the gingen enorm in die H6he. Ja, da hatte ich Baumwolle, aber mein baumwollener Bruder hatte keine Vorr6the mit groBem Schaden losgeschlagen. Wer war nun das Schaf? Mein Bruder muBte liquidiren und ging nach Amerika, arm wie eine Kirchenmaus, mir noch einige Kester zuweisend, darunter sein mutterloses T6chterchen, das ich aus Barmherzigkeit annahm. Sehen Sie, Herr Sonntag, so was pr6gt dem Manne den Stempel der Umsicht, der Wirtschaftlichkeit, der Solidit6t auf, und darum ist das Eigentum etwas Heiliges und darum sind die Besitzenden die berechtigten Vertreter der Gesamtheit in allen Verwaltungsangelegenheiten.“

Es war die l6ngste Rede, die Herr Obenaus jemals hinter einander und noch dazu fließend, wie es sonst gar nicht seine Art war, gesprochen. Schade, daB diese Rede bereits alle Leute auswendig konnten, die ein Vierteljahr lang sich seiner Gesellschaft erfreuten. Friedrich Sonntag hatte deshalb schon l6ngst aufgeh6rt, das Ostgeh6rte zu beachten, er saB in s6chtlich schwerm6thigen Gedanken da.

Herr Obenaus nahm diese Haltung als Zeichen aufrichtiger innerer Beträurung, und da er doch seinen Schreiber, ob dessen groBer Gewandtheit, Zuverl6ssigkeit und Sachkenntniß

sehr n6thig hatte, da er innerlich selbst vor dem Gedanken zur6ckschauerte, einen fremden Menschen erst wieder in seine Gesch6ftsgeheimnisse einzuweihen zu m6ssen, so gewann sein „schwaches Herz“, seine „angeborene Gutm6thigkeit“ die Oberhand, und er meinte in vers6hnlichen Tone:

„Nun, Herr Sonntag, hm, hm, es haben mir allerdings meine Herren Kollegen, inklusive des Herrn B6rgermeisters selbst, unerh6rt viel Vorstellungen wegen Ihres nicht l6nger zu duldbenden Umganges mit w6hlerischen Elementen gemacht, so daB der gestrige Tag gewissermaßen dem Faß den Boden ausgestoßen hat, und ich mich auch gewissermaßen verbindlich gemacht habe, Sie heute zu entlassen; aber ich kann mir nicht helfen, ich bin eben ein Mensch, und in R6cksicht auf Ihre augenscheinliche Beträurung und Ihre sonst im Allgemeinen l6bliche Gesch6fts-f6hrung, will ich f6r dieses Mal noch aus Gnade die R6ndigung zur6cknehmen, wenn Sie durch feierlichen Handschlag mir versprechen, hm, hm, unerh6rt! mit Ihrem bisherigen unzul6ssigen Umgang vollst6ndig zu brechen, und sich verpflichten, fortan ausschlieBlich in den Kreisen sich zu bewegen, die ich Ihnen als entsprechende bezeichnet werde. Sie werden daraus ersehen, daB ich unerh6rt nachsichtig bin.“

„Herr Obenaus“, rief aber jetzt Friedrich Sonntag, sich erhebend und auf seinen Chef zuschreitend. „K6nnen Sie mir bezeugen, daB ich w6hrend meiner Anstellung hier meine Arbeiten gut und p6nktlich besorgt habe?“

„Ja, das kann ich, hm, hm, Sie waren ein brauchbarer Mensch, und eben deshalb . . .“

„Habe ich die Stunden, f6r die Sie mich bezahlten, p6nktlich eingehalten?“

„Gewiß, gewiß, hm, hm, unerh6rt p6nktlich, aber . . .“

„Und trotzdem wollen Sie mich bevormunden in einer Sache und f6r Zeiten, die ganz und gar mein Eigen?“

(Fortsetzung folgt.)

Altsche Bewegung ist in England, wie die letzten Parla-
mentswahlen zeigten, in erfreulichem Aufschwung begriffen, und
auch die Gewerkschaftsbewegung kommt immer mehr zu der
Ueberzeugung, daß sie nicht mehr den wirtschaftlichen
Organisationen allein den Kampf mit dem Kapital zu über-
lassen hat, sondern bestimmte Forderungen an die Gesetz-
gebung stellen muß. Seit drei Jahren ungefähr stehen den
alten Gewerkschaften (Trades Unions) die neuen gegenüber,
die sich fast vollständig auf sozialistischen Standpunkt stellen
und auch dafür eintreten, daß die Arbeiter eigene Kandida-
ten bei der Parlamentswahl aufstellen und nicht im Ge-
folge der bürgerlichen Liberalen marschieren.

Auf dem Kongreß zu Glasgow plagten die Ansichten
der alten und neuen Gewerkschaften wieder auseinander und
besonders war es die Achtstundentagefrage, die hierzu Anlaß
gab. Die alten Gewerkschaften wollten von einem einheit-
lichen Achtstundentage, der ja nur durch die Gesetzgebung
zu erhalten ist, nichts wissen; jede Gewerkschaft solle für
sich eine Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfen. Die neuen
Gewerkschaften verlangen ein Achtstundengesetz.

Auf dem Kongreß wurde nun eine Schiebung in's
Werk gesetzt, welche die letzte Zustimmung der alten Gewerks-
vereiner war. Da nämlich immer mehr die einzelnen
Gewerkschaften das Achtstundengesetz verlangen, sagen die
alten Gewerkschaftler, daß sie dieser Forderung werden
nachgeben müssen, und sie versuchen es nun, diese Frage
auf die lange Bank zu schieben. Aus Liverpool wurde
nämlich von Matkin folgender Antrag eingebracht:

Es werde beschlossen:

daß nach der Ansicht des Kongresses die Frage einer
internationalen Herabsetzung der Arbeitsstunden auf acht
im Tag von hinlänglich dringender Bedeutung ist, um die
Abhaltung eines internationalen Kongresses zu
erheischen, der die Frage in Hinblick auf eine Verständig-
ung diskutiren soll, auf Grund deren eine gemeinsam
vereinbarte und gleichzeitige Aktion zur Verwirklichung
dieser Forderung in's Werk gesetzt werden kann, und wir
weisen hierdurch das parlamentarische Komitee an, einen
derartigen Kongreß unverzüglich einzuberufen."

In der Begründung dieses Antrages führte Matkin
aus, man habe auf den beiden letzten internationalen Kon-
gressen zwar Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages
gefaßt, aber wenig zu seiner Verwirklichung gethan, daher
scheine ein Spezialkongreß zur Verathung der Mittel und
Weise, wie man am ehesten den Achtstundentag erreichen
könne, sehr wünschenswerth. Der Unterstützer des Antrages,
ein Delegirter der Textilarbeiter von Lancashire, Shad-
leton aus Accrington, setzte hinzu, es sei, um ohne Schädig-
ung zum Achtstundentag zu gelangen, unbedingt notwen-
dig, von den Vertretern der anderen Länder zu hören, wie
weit sie bereit wären, in dieser Angelegenheit vorzugehen.
B. Barnell, Wöbelschreiner aus London, unterstützte von
S. Duelsch aus London, stellte dagegen den Antrag, den auf
1893 nach Zürich einberufenen internationalen Kongreß
zu beschicken. Die Achtstundentagefrage, führte der Letztere
aus, bedeute nicht die ganze Arbeiterfrage, es seien noch
andere, ebenso wichtige Fragen mit den Arbeitsgenossen
anderer Länder zu berathen, und darum empfehle sich
die Beschickung des Züricher Kongresses.

Bei relativ geringer Theilnahme wurde der Antrag
Matkin mit 189 gegen 97 Stimmen, welche das Amendament
Barnell-Duelsch erhielt, angenommen.

Die Schiebung ist also den alten Gewerkschaftlern
gelungen! Man sieht, worauf es ihnen ankam. Der
internationale sozialistische Kongreß in Zürich beschäftigt
sich ebenfalls mit der Achtstundentagefrage, ohne aber dieselbe
als die allein wichtige und erlösende zu erklären. Die alten
Gewerkschaftler wollen aber verhindern, daß ihre Mitglieder
sich an sozialistischen Kongressen betheiligen, insolge dessen
wünschen sie einen besonderen internationalen Kongreß.

Diese Quertreibereien müssen verhindert werden, die
neuen Gewerkschaften in England, die auf Seite der inter-
nationalen Sozialdemokratie stehen, haben sich ganz ent-
schieden gegen diesen Beschluß des Kongresses erklärt; in
Frankreich hat Anfang dieses Monats der Gewerkschafts-
Kongreß zu Marseille dasselbe gethan. Es ist nun an
den deutschen Arbeitern, ebenfalls ihren Protest zu erheben.
Der „Vorwärts“ bringt hierzu folgenden Aufruf:

„Wie bekannt, hat der Trades-Unionskongreß zu
Glasgow beschlossen, in Bälde einen internationalen Ge-
werkschaftskongreß nach London einzuberufen, auf welchem
die internationale Einführung des Achtstundentages be-
rathen werden soll. Dieser Beschluß wurde seitens der
alten Gewerkschaftsführer durchgesetzt, um zu verhüten, daß
die englischen Gewerkschaften sich auf den nächstjährigen
internationalen Kongreß zu Brüssel vertreten lassen und
dort Gelegenheit bekämen, das sozialistische Bist in sich
aufzunehmen. Gegen diesen, die internationale Solidarität
der Arbeiterklasse schwer schädigenden Beschluß hat der
Kongreß zu Marseille Stellung genommen und sich in
wünschenswerther Deutlichkeit darüber ausgesprochen. Die
auf Antrag Lafargues angenommene Resolution lautet:

„In Erwägung, daß der Achtstundentag einer der
Programmpunkte der Arbeiterparteien aller Welttheile ist,
und seine Verwirklichung auf dem internationalen Kongreß
zu Zürich in Betracht gezogen wird:

„In Erwägung, daß die Trades Unions von Groß-
britannien und Irland, nachdem sie am internationalen
Kongreß zu Brüssel theilgenommen, das dort getroffene
Uebereinkommen zertrüben haben, indem sie in Gegensatz zu
dem internationalen Kongreß zu Zürich sich stellen und
einen internationalen Kongreß nach London einberufen;

„In Erwägung, daß die Agitation für die gesetzliche
Einführung des Achtstundentages der Anregung des inter-
nationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889 geschuldet
ist und die alten Trades-Unions dieselbe nur unter dem
Drucke der sozialistischen Bewegung angenommen haben;

„In weiterer Erwägung, daß die internationale Ar-
beiterpartei nicht wünschen kann, daß die Agitation der

Arbeiter auf die Frage des Achtstundentages begrenzt
werde; wie es die Majorität des Unions-Kongresses zu
Glasgow will;

beschließt der Nationalkongreß der französischen Ar-
beiterpartei, bestehend aus den Vertretern der Syndikats-
kammern und der sozialistischen Gruppen,
dem Kongreß zu London fernzubleiben.

„Der Nationalkongreß tadelt die Majorität des
Glasgower Kongresses, daß sie durch die Einführung eines
Kongresses nach London die internationale Arbeiterbewegung
zu spalten versucht und ladet sie ein, sich der inter-
nationalen Arbeiterbewegung anzuschließen und ihre Ver-
treter auf den Kongreß nach Zürich zu senden.“

Es ist nun notwendig, daß diesem Vorgehen der
französischen Bruderpartei sich die deutsche Sozial-
demokratie und die Gewerkschaften, wie die Arbeiter-
parteien und Arbeiter-Organisationen der anderen
Länder anschließen. Den alten englischen Gewerkschafts-
führern, die sehen, daß sie dem Strome der Bewegung
nicht mehr widerstehen können und nun durch ihr separa-
tistisches Vorgehen versuchen, zu retten, was noch zu retten
ist, muß klar gemacht werden, daß sie es nicht mehr sind,
welche die Bewegung leiten. Die Arbeiterparteien des
Kontinents müssen durch entschiedenen Widerstand gegen die
Quertreibereien von jener Seite die vorgeschrittenen Elemente
in der englischen Arbeiterbewegung zu stützen suchen, die
bisher mit wachsendem, wenn auch noch nicht mit ent-
scheidendem Erfolg die Fetzschwampolitik der alten Trades-
Unions-Führer unterzogen haben. Der alte Trades-
Unionsismus ist trotz aller gegentheiligen Kongreßbeschlüsse
im Wanken; ihn gänzlich zu stürzen, ist das lebhafteste
Interesse der vorgeschrittenen Arbeiterbewegung aller Länder.
Hält der Sozialismus erst in die alten englischen Trades-
Unions mit fliegenden Fahnen seinen Einzug, dann ist dies
von entscheidender Bedeutung für ganz Europa. Und diese
Möglichkeit ist vorhanden. Die ökonomische Vorwärts- und
Herrschafts-Stellung Englands ist für immer erschüttert und
schwindet immer mehr. Das begreifen die englischen
Proletarier, und daher ihr Drängen nach gemeinsamem
Handeln mit den Proletariern aller Länder. Das Eisen
ist warm, also schmieden wir es!

Die Gewerkschaften Deutschlands werden sich mit dieser
Angelegenheit beschäftigen und Mittel und Wege finden,
um recht nachdrücklich den Anhängern der alten englischen
Gewerkschaften zur Kenntniß zu bringen, daß sie sich im
Gegensatz zu den zielbewußten Arbeitern Deutschlands wie
aller anderen Kulturländer befinden.

Ueber das Verfahren bei Stellung von Anträgen auf Bewilligung von Alters- und Invalidenrenten

Schreibt das Organ des deutschen Werkmeister-Verbandes, die
„Werkmeister-Zeitung“ nachfolgenden beherzigenswerthen
Artikel:

„Wie fortgesetzte Anfragen, die an uns gerichtet werden,
beweisen, herrscht noch vielfach Zweifel und Unkenntniß über
das Verfahren, welches einzuschlagen ist zur Erlangung einer
Alters- und Invalidenrente. Da auch die Kollegen oftmals
in die Lage kommen werden, hierbei Rath zu ertheilen, so
glauben wir im allgemeinen Interesse zu handeln, wenn wir
in kurzen Umrissen dieses Verfahren kennzeichnen.

Personen, die den Anspruch auf Bewilligung einer Alters-
oder Invalidenrente erheben, haben diesen Anspruch bei dem
Landrath des Kreises ihres Wohnortes, in Städten mit mehr
als 10000 Einwohnern dem Gemeindevorstande (Bürger-
meister) ihres Wohnortes anzumelden. 1. Handelt es sich
um Bewilligung einer Altersrente, so sind dem Antrage bei-
zufügen: 1. Der Geburtschein. Hierbei sei bemerkt, daß
der Antrag nur dann erst gestellt werden kann, wenn der
Antragsteller das 70. Lebensjahr zurückgelegt hat. 2. Die
Quittungskarte. 3. Arbeitsbescheinigungen für die vorge-
setzte Zeit vom 1. Januar 1888 bis 31. Dezember 1890.
Wer in dieser ganzen Zeit nur bei einem Arbeitgeber oder
bei wenigen beschäftigt gewesen ist, braucht sich nur von
diesem Arbeitgeber oder, wenn es mehrere sind, von jedem
derselben eine Bescheinigung, in welcher Anfang und Ende
der Beschäftigung bei ihm nach dem Datum angegeben sind,
ausstellen und die Unterschrift von dem Gemeindevorsteher
oder der Polizei- oder einer anderen öffentlichen Behörde
beglaubigen zu lassen.

Hat Jemand aber bei einer größeren Zahl von Arbeit-
gebern in Beschäftigung gestanden, so wird er wohl thun,
die Bescheinigungen sämtlicher Arbeitgeber dem Ortsvor-
steher oder der Polizeibehörde vorzulegen und sich von diesen
eine Bescheinigung über sämtliche Arbeitsverhältnisse, in
welchen er gestanden hat, geben zu lassen. Ebenso wird zu
verfahren sein, wenn der oder die Arbeitgeber, bei welchen
Jemand in Arbeit gestanden hat, nicht mehr leben oder
sonst verhindert sind, ihrerseits eine Bescheinigung auszu-
stellen, das Verhältniß aber dem Gemeindevorsteher oder
der Polizeibehörde bekannt ist oder auf irgend eine Art
nachgewiesen werden kann (Preuß. Anweisung vom 20.
Februar 1890). In den Arbeitsbescheinigungen ist der thätig-
sächlich bezogene Lohn anzugeben. Diese Arbeitsbescheini-
gungen können ersetzt werden durch Bescheinigungen über
Krankheiten, welche nicht mit dauernder Erwerbsunfähigkeit
verbunden sind, dieselben werden ausgestellt vom Kassen-
oder vom Gemeindevorstand. Der Kassenvorstand stellt die
Bescheinigung aus über die Dauer einer Krankheit, während
welcher der Erkrankte von einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-),
Bau-, Innungs-Krankenkasse, von einer Knappschaftskasse,
aus der Gemeindefrankenversicherung, von einer eingeschrie-
benen oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten
Hilfskasse Krankenunterstützung bezogen hat. Der Gemeindevor-
stand stellt die Bescheinigung aus für diejenige Zeit,
welche über die Dauer der von der betreffenden Kasse zu
gewährenden Krankenunterstützung hinausreicht sowie für die-
jenigen Erkrankten, welche einer derartigen Kasse während
ihrer Krankheit nicht angehört haben.

Für die nachgesetzte Zeit, nach dem 1. Januar 1891,
wird der Nachweis der versicherungspflichtigen Beschäftigung
in der Regel durch die Vorklage der mit Marken in ent-
sprechender Anzahl belegten Quittungskarte erbracht. Ent-
stehen jedoch Zweifel, ob die Marken thatsächlich auf Grund
eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses verwendet
worden sind oder liegen sonstige Gründe vor, so müssen auf
Antrag der Versicherungsanstalt auch Arbeitsbescheinigungen
für die Zeit nach dem 1. Januar 1891 vorgelegt werden.
II. Handelt es sich um die Bewilligung einer Invaliden-
rente, so sind dem Antrage beizufügen: 1. Der Geburts-
schein. 2. Die Quittungskarte. 3. Arbeitsbescheinigungen
für die vorgelegte Zeit. Hinsichtlich dieser Arbeits-
bescheinigungen sei bemerkt, daß der Antragsteller auf Be-
willigung einer Invalidenrente durch Bescheinigungen nach-
weisen muß, daß er vom Zeitpunkte des Eintritts seiner
Invalidität rückwärts gerechnet innerhalb der fünf vorher-
gehenden Kalenderjahre wenigstens 236 Wochen in einem
versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse gestanden hat. Von
diesen 236 Wochen müssen mindestens 47 Wochen in die
Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fallen. An Stelle
der Arbeitsbescheinigungen können auch Bescheinigungen über
Krankheiten treten. Hier gilt dasselbe, was oben über die
Krankheitsbescheinigungen bei der Stellung von Anträgen
auf Bewilligung von Altersrenten gesagt worden ist. 4. Ein
ärztliches Attest. In dem Attest muß zum Ausdruck ge-
langen, daß der Antragsteller erst nach der 47. Woche seit
Inkrafttreten des Gesetzes invalide geworden ist, daß derselbe
aber während der 47 Wochen nach dem 1. Januar 1891,
wenn auch krank, doch nicht an einer mit dauernder Erwerbs-
unfähigkeit verbundenen Krankheit gelitten hat. Dauernde
Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes ist dann anzu-
nehmen, wenn der Antragsteller in Folge seines körperlichen
oder geistigen Zustandes dauernd nicht mehr in der Lage
ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende
Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für seinen Beschäfti-
gungsort festgesetzten Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter
zu verdienen. Ferner muß in diesem ärztlichen Atteste der
Zeitpunkt der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit möglichst
genau angegeben werden.

Nachdem diese Schriftstücke beigebracht sind, werden sie
der unteren Verwaltungsbehörde, mit dem Schriftlich oder
zu Protokoll zu erklärenden Antrage auf Bewilligung einer
Alters- oder Invalidenrente übergeben. Die untere Ver-
waltungsbehörde prüft die vorgelegten Schriftstücke und
reicht dieselben, nachdem sie bei einem Antrage auf Be-
willigung einer Invalidenrente vorher noch die Vertrauens-
männer und den Vorstand der Krankenkasse des Antragstellers
zur Sache gehört hat, dem Vorstande der Invaliditäts- und
Altersversicherungsanstalt mit ihrer gutachtlichen Äußerung
ein. Dieser setzt nunmehr die Rente fest oder lehnt den
Antrag ab, wenn die vorstehend erwähnten gesetzlichen Vor-
schriften nicht erfüllt sind. Gegen den Bescheid des Vor-
standes der Versicherungsanstalt, welcher den Antragstellern
mitgetheilt wird, steht Letzteren das Rechtsmittel der Be-
rufung an das im Bescheide benannte Schiedsgericht zu.
Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann noch das
Rechtsmittel der Revision bei dem Reichsversicherungsamt
in Berlin, Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung,
in folgenden Fällen eingereicht werden: 1. Wenn die schieds-
gerichtliche Entscheidung auf der Nichtanwendung oder
auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts
beruht. 2. Wenn das Verfahren an wesentlichen Mängeln
leidet.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. Da hier die Cholera-Epidemie
immer noch nicht erloschen, so können wir Versammlungen
noch nicht abhalten. Wir hielten deshalb in Gemeinschaft
mit den Hilfskassirern eine Sitzung ab, um die notwen-
digsten Arbeiten zu erledigen. Zunächst wurde die
Herbergskommission durch die Wahl eines Kollegen ergänzt.
Sodann wurde die Frage angeregt, wie das neu erscheinende
Organ am besten verbreitet würde. Der Schriftführer
machte dem Delegirten vom Verbandstag einen Vorwurf
daraus, daß derselbe sich nicht mit der Preßkommission in
Verbindung gesetzt, damit man wenigstens gewußt, wie oft
das Organ erscheine. (Die Preßkommission hatte sich erst
nachdem konstituirte, die Erscheinungsfrist wird der Kollege
mittlerweile am Kopfe des Organs gelesen haben. D. H.)
Von dem Kollegen Barschart wird dieser Vorwurf zurück-
gewiesen dadurch, daß er ein Schreiben des Verbands-
vorsitzenden vorlegt. Die Hilfskassirer werden mit der Ver-
breitung des „Proletarier“ beauftragt und beschlossen, deren
Zahl auf 12 zu erhöhen und zwar so, daß für Altona 6,
Ottensen 4 und für Bahrenfeld und Ohmsteden je einer
zu funktioniren hat. Des Weiteren wurde das Abhalten
des ersten Stiftungsfestes beschlossen; der Ertrag von dem
Sommerfest soll zu lokalen Zwecken verwandt werden.
Das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Reinecke wird
durch Erheben von den Sigen geehrt. Der Bevollmächtigte
wird beauftragt, recht bald für Abhaltung einer Versamm-
lung zu sorgen. Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

S. I.

Celle. Am Sonntag, den 18. September c., fand
im Vereinslokale eine Versammlung des Verbandes der
Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands
(Zahlstelle Celle) statt. Auf der Tagesordnung standen:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verschiedenes. Nachdem
der erste Bevollmächtigte die Versammlung eröffnet hatte
und der geschäftliche Theil erledigt war, wurden folgende
Beschlüsse gefaßt: 1. Eine Kommission, bestehend aus drei
Personen, zu wählen, welche den Zweck hat, 1. für die
richtige Verbreitung der Zeitung zu sorgen und 2. etwaige
Berichte zu prüfen und einzulösen. Hierzu wurden die
Kollegen Fr. v. Hinten, C. Bracke und C. Köpper
gewählt. 2. Zum Zeitungsausstragen wurden die Kollegen
P. Pollock, vor dem Gehlenhor, S. Behrens, auf der

Neustadt, und P. Zeise, Alte Keller-Vorstadt gewählt. Dieselben haben zu gleicher Zeit die Beiträge mit einzusammeln. Nachdem die Mitglieder noch darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Versammlungen jeden ersten Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats stattfinden, wurde noch ein Artikel aus der „Einigkeit“ vorgelesen und zur Diskussion gestellt, worauf nach kurzer Auseinandersetzung die Versammlung geschlossen wurde.

Hamburg. Am 1. Oktober tagte hier selbst im Lokale des Herrn Peters am Rarnap eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche des stürmenden Regens wegen nur mäßig besucht war; es mochten etwa 150 Personen anwesend sein. Das Bureau bestand aus den Kollegen **Martens, Unverzagt** und **Sudergath**. Referent war Genosse **Emil Fischer** aus Hamburg und referierte derselbe über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Arbeiter.“ Die interessanten Ausführungen wurden von den Anwesenden aufmerksam verfolgt und wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Der Referent führte ungefähr Folgendes aus: Die kapitalistische Produktionsweise basirt auf dem Prinzip der freien Konkurrenz, um die Waare so billig wie möglich auf den Markt zu bringen und trotzdem hohen Profit für die Kapitalisten zu erzielen. Dieser Mehrerwerb mußte aus der Leistung des Arbeiters herausgepreßt werden durch Einführung und immer größere Vervollkommnung von Maschinen, Reduzierung des Lohnes bei stärkster Ausbeutung der Arbeitskraft. Das durch Einführung der Maschinen vermehrte Angebot der Arbeitskraft verringerte die Widerstandsfähigkeit gegen Lohnkürzung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Lebenshaltung der Arbeiter würde auf einen immer niedrigeren Standpunkt zurückgedrängt und müßten sich dieselben immer größeren Entbehrungen aussetzen. Das Volk sei nicht im Stande, die erzeugten Waaren zu konsumieren, eine Ueberproduktion (siehe. Dem Wolfe fehlen bloß die Mittel, um die vorhandenen Waaren kaufen zu können, und so sei diese Unterkonsumtion wieder eine Quelle zu erneuter Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Diese Krisen seien Folgen der kapitalistischen Produktion und mit Umänderung letzterer in eine planmäßige, den Interessen der Gesamtheit gerecht werdende, verschwinden dieselben. Es sei daher Aufgabe der Arbeiter, zu kämpfen, um eine Umänderung herbeizuführen. Die Krisen werden, so lange die anarchische Produktionsweise besteht, nicht verschwinden, sondern immer wieder mit erneuter Heftigkeit auftreten, und man werde während des Anhaltens derselben den Ruf des arbeitenden Volkes nach Brot vernehmen, gleichzeitig aber auch das Geschimpfe der besitzenden Klasse von „demagogischer Verheißung“ über diejenigen, welche den Arbeitern den Weg zeigen, der zur Freiheit und zum Wohlergehen führt. Um dahin zu gelangen, bedürfe es der Organisation, der Einzelne sei machtlos; in der Vereinigung liege Kraft und Stärke.

Punkt 2 der Tagesordnung wurde durch die Wahl des Kollegen **Wolff** als Delegirter zum Gewerkschaftstaktell erledigt.

Unter „Verschiedenem“ bringt Kollege **Martens** die Mainzer Zuschußkassette zur Sprache, die Beschlusfassung hierüber wird einer späteren Versammlung überwiesen. Nachdem die erste Nummer des „Proletarier“ zur Ausgabe gelangt war, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Höchst a. M. Am Freitag, den 2. September, fand im Gasthaus zum Rebstock eine Versammlung der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Verbandstag zu Braunschweig. 2. Stellung zu dem Bier-Boycott. 3. Verschiedenes. Ueber den 1. Punkt sprach Kollege **Miedreich** aus Mainz. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Obwohl unsere Organisation noch schwach ist, so sei in derselben doch ein guter Geist vorhanden, das hätte der Verbandstag zu Braunschweig gezeigt. Keine Harmonie dabei habe in derselben einen Raum, sondern der Geist der neuen Zeit sei es, welcher in derselben walte. Dieser müsse immer weiter getragen werden; der Verbandstag habe die Aufgabe gehabt, Mittel und Wege zu suchen, wie die Organisation auszubauen sei, um zu einem Schutz- und Trümmittel für die Kollegen zu werden. Redner berichtete nun über die Verhandlungen und Beschlüsse des Delegirten-tages und wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Lokale zum Rebstock tagende Versammlung der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichtet sich, jederzeit und allerwärts für den Verband einzutreten.“

Nachdem noch Kollege **Miedreich** die Anwesenden, welche dem Verbands noch nicht angehören, aufgefordert hatte, sich an der Organisation zu beteiligen, denn gerade die Fabrikarbeiter seien am schlechtesten gestellten und es sei die höchste Zeit, daß dieselben sich endlich einmal aufraffen, um der immer größeren Verelendung entgegenzutreten, sprach noch Kollege **Kraft** in demselben Sinne aus.

Zum 2. Punkt wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt, dieselben sollten, sobald die Brauereibesitzer ihre Drohung ausführen würden, die organisierten Brauer zu entlassen, sofort in Funktion treten, um die Waffe des Boykotts gegen erstere anzuwenden.

Im Verschiedenen wurde noch ein Gesuch eines Flörsheimer Kollegen zur Sprache gebracht und beschlossen, für denselben eine Tellerammlung vorzunehmen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Am 25. September fand hier eine Versammlung statt, welche leider schwach besucht war. Die Wahl der Bevollmächtigten wurde vorgenommen und ergab folgenden Resultat: **Friedr. Strenger**, 1. Bevollmächtigter, **Karl**

Kraft, 2. Bevollmächtigter, **Johann Rührer**, 3. Bevollmächtigter. Als Redner wurden die Kollegen **Karl Hubner**, **Jakob Graf** und **Philipp Emig** gewählt. Der Vorsitzende ergriff die Kollegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dieselben so bald als möglich zu begleichen, da der Verband einer Umänderung unterzogen würde, ferner werden die Kollegen ergriffen, die Versammlungen fleißiger zu besuchen und nicht bei den Beratungen so gleichgültig zu sein. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz. Am 13. August, Abends 8 1/2 Uhr, fand im Saale zum „Weißen Rößchen“, Gungasse, eine öffentliche Arbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die kapitalistische Produktionsweise und ihre Einwirkung auf die heutige Gesellschaft. 2. Berichterstatter über den ersten ordentlichen Verbandstag der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter zu Braunschweig. Der Referent, Kollege **Miedreich**, verbreitete sich in seinen Ausführungen über die Entwicklung der verschiedenen Produktionsformen bis zum heutigen kapitalistischen Produktionssystem, und führt an der Hand verschiedener Beispiele an, wie die Herrschaft des Kapitalismus die heutige Gesellschaft zerlegt in Arme und Reiche, und wie sich das Unternehmertum selbst abwärts bewegt, seine Vertreter würden immer mehr und mehr in die Reihen des Proletariats geschleudert. Nach dem mit alseitigem Beifall aufgenommenen Ausführungen sprach Kollege **Naubeimer** aus Flörsheim, welcher die Anmaßungen der herrschenden Klasse in's grellste Licht stellte und mehrere Beispiele von Arbeiterbedrückungen in Fabriken vorbrachte. Reicher Beifall folgte seinen Ausführungen. Sodann erstattete Kollege **Miedreich** Bericht über den Verbandstag zu Braunschweig und betonte die dringende Nothwendigkeit, angesichts der für die Arbeiter immer schlechter werdenden Zustände sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und forderte hauptsächlich die anwesenden Arbeiterinnen auf, sich dem Verbands anzuschließen. Mehrere Redner sprachen in gleichem Sinne und machte Kollege **Bitter**, welcher die Versammlung leitete, die Anwesenden darauf aufmerksam, daß ihnen an jedem Sonntag Gelegenheit geboten sei, sich dem Verbands der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen. Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Vermischtes.

— Ein wahres Wort sprach Herr Superintendent a. D. **Braun** in einer Berliner Pastoren-Konferenz:

„Mir scheint es unabweisbar, daß wir je länger je mehr unser Volk hinter uns verlieren, weil es mit Mißtrauen auf uns blickt, als hätten wir kein volles warmes Herz für die Armen und Schwachen.“

„Es ist ja besonders schwer, zu zungen gegen die oberen Reichtumsklassen, es ist schwer, den Besitzenden an's Herz zu legen, daß sie sich ihrer sozialen Pflichten bewusst werden.“

„Ich halte es für eine der schlimmsten Verirrungen von Geistlichen, wenn man den Armen predigt, sie sollten entsagen, sie sollen zufrieden sein, während wir die Predigt auf Entsagung nicht mit vollem Ernst auch an die Reichen richten.“

„Wie schlimm ist es, wenn man in Pfarrhäuser kommt, denen man nicht ansieht, daß je ein Wort in der Bibel gestanden hat: „Habt nicht die Welt lieb, noch was in der Welt ist.““

„Ich fühle mich oft beschämt durch den Luxus in den Pfarrhäusern.“

„Als Buzprediger stehen wir auf der Kanzel, aber tragen wir, in's Moderne übersetzt, auch ein härenes Kleid?“

„Lassen wir uns nicht fortreißen vom Zuge der Zeit. Seien wir berechte Prediger auch den Reichen, damit uns das Volk nicht verloren geht.“

Der Herr Superintendent mag es sehr gut meinen, aber seine Predigt wird weder seine Amtskollegen belehren — noch die Reichen!

— Zur Arbeiterinnenbewegung! Der Verein sozialistischer Frauen und Mädchen in Mannheim hat in seiner letzten Sitzung beschlossen: 1. daß die sozialistische Partei Deutschlands und insbesondere die Reichstagsfraktion energig dafür eintritt, daß den Arbeiterinnen das unbeschränkte Recht der Vereins- und Koalitionsfreiheit eingeräumt wird; 2. daß die sozialistische Partei dahin wirkt, daß zu Zeiten der Reichs- und Landtagswahlen auch Versammlungen für Arbeiterinnen einberufen werden, um gegen die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen zu protestieren und Aufklärung über politische Fragen in deren Reihen zu tragen; 3. daß die sozialistische Reichstagsfraktion dafür eintritt, daß die Fabrikinspektion auch auf die Hausindustrie ausgedehnt wird und für solche Gewerbe, in denen nur Frauen beschäftigt sind, weibliche Inspektoren angestellt werden.

Die Breslauer Parteigenossen wählten als Delegirte für den Parteitag die Genossin **Marie Kunert**, Gattin des Abgeordneten **Fritz Kunert**.

Eingefandt.

Wir ließen vor einiger Zeit einen Aufruf an die Arbeiter aller Berufe in den bedeutendsten Arbeiterblättern ergehen, welcher darin gipfelte, die Kollegen und Gesinnungsgenossen zum Beitritt in die Allgemeine Deutsche Zuschuß-Kranken- und Sterbe-Kasse zu bewegen.

Die Motive, welche uns geleitet haben, diese Kasse in's Leben zu rufen, sind folgende: Jeder Arbeiter, welcher einigermaßen mit der gegenwärtigen, wirtschaftlichen Be-

wegung vertraut ist, weiß auch, welchen Gefahren er und seine Arbeitsgenossen unterworfen sind, und wie viele Opfer auf dem Schlachtfelde der Industrie tagtäglich fallen; er ist durch eine aufreibende Thätigkeit allen Krankheiten preisgegeben, und die gegenwärtigen „Sozialreformen“ sind nicht dazu angethan, den Unterdrückten und Leidenden, der großen Masse, den im Elend verkommenen Arbeiterklassen Erleichterung und Heilung der sozialen Schäden zu bringen. Hier heißt es nun selbst eingreifen; wer sich im Krankheitsfalle vor Noth schützen will, kann sich auf die Leistungen der Orts- und Fabrikkrankenassen nicht verlassen, er ist also gezwungen, sich noch anderweitig zu versichern; dazu ist dem Arbeiter allerdings schon längst Gelegenheit geboten durch die sogen. „Freien Hilfskassen“, allein die Geheggebung hat denselben durch die am 1. Jan. 1893 in Kraft tretende Krankentassen-Novelle einen Hemmschuh angelegt, und sah sich deshalb schon einige freie Hilfskassen genöthigt, eine Auflösung herbeizuführen, oder sich in eine Zuschußkassette umzuwandeln. Die Umwandlung in eine Zuschußkassette kann man nun in sofern als praktisch für die Arbeiter anerkennen, als eine erhebliche Belastung derselben in Bezug auf Beitragsleistung der Mitglieder nicht eher stattzufinden braucht, als sich die dringende Nothwendigkeit hierfür ergibt z. B. bei Ausreten einer epidemischen Krankheit, im Gegentheil zu den freien Hilfskassen, weil dort in erster Linie in Betracht kommt, daß die Leistungen der Kasse auf ein gesetzl. bestimmtes Maas festgesetzt sind, und weil nebenbei, als hauptsächlichste Belastung der Mitglieder, ein Reservefonds in der Höhe der durchschnittlichen Jahresausgabe mindestens und zwar in einer bestimmten Frist aufgebracht werden muß.

Wären nun die sogen. Zuschußkassen nicht in einzelnen Berufsarten gruppiert, so hätten wir nicht nöthig gehabt, die Gründung der „Allgem. Deutschen Zuschuß-Kasse“ vorzunehmen, allein ein großer Theil der sogen. nichtgewerblichen Arbeiter bleibt, gerade wie bei der gewerkschaftlichen Organisation, wieder links liegen, und diese Aufgabe mußten wir damit erfüllen, diese unter sich und mit den gewerkschaftlichen Arbeitern zu vereinigen.

Wenn es sich die Kollegen allerorts zur Aufgabe machte an dem begonnenen Werke mit zu arbeiten, so wird der Erfolg ein sicherer sein, und überall da, wo Kollegen vom Verband der Hilfsarbeiter die Sache in die Hand genommen haben, hat es sich gezeigt, daß mit der Einführung der Krankentasse die Kollegen einander näher gekommen sind, und daß auch dann das Band, welches die gewerkschaftliche Organisation umschlingt, dadurch immer mehr befestigt wird.

Wir richten deshalb das Ersuchen an die Kollegen, die Statuten der vorerwähnten Krankentasse von dem Central-Bureau in Mainz einzufordern.

Im Auftrage des Central-Vorstandes:

Joseph Miedreich, 1. Vorsitzender.
Große Langgasse 10, III.

Briefkasten.

Den geehrten Correspondenten zur Nachricht, daß Artikel, Briefe etc., wenn sie in der jedesmal fälligen Nummer noch Aufnahme finden sollen, bis spätestens Montag vor dem Erscheinungstage in unserem Besitz sein müssen.

Die Schriftführer werden ersucht, die Briefe auf schmales Papier und nur auf einer Seite zu schreiben.

Die Zuschriften aus Altona, Elberfeld und Wandlbeck gelangen in nächster Nummer zum Abdruck.

Verband der Fabrik-, Land- Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ort	Bevollmächtigter	Straße
Hannover	H. Lohberg	Klostergang 4 a.
Altefeld	R. von Schlemm	Scheidstraße 23.
Berden a. A.	B. Dehlow	Baderstraße 1.
Sagen i. W.	W. Breer	Jägerstraße 74.
Miedrich a. Rh.	Sebastian Hofmann	Kastell - Chaussee, Amöneburg.
Okerode a. S.	Heinr. Drechsler	Freiheit 42.
Wandlbeck	W. Müller	Georgstraße 13.
Neizen	E. Mübbers	Zahnburg-Stiftstr. 717
Braunschweig	Ottendor	Alte Knochenhauerstr. 1.
Rassel	H. Dietrich	Schützenstraße 33.
Hamburg	G. Hartmann	Wilhelmstraße 1, II.
Elberfeld	Wal. Fürtner	Treppenstraße 2 a.
Düsseldorf	Theodor Janßen	Herzogstraße 85, II.
Kassel bei Mainz	Wal. Schworm	Roßstraße 130.
Hamburg	A. Behrmann	Dammthorwall 159, II.
Schiffbeck bei Hamburg	J. Winkelmann	Cornerstraße 23.
Schönungen	H. Lehmann	Höhlenerstraße.
Selmstedt	W. Jünke	Söben 2.
Wolfsbüttel	Fried. Mathes	Lieberstraße 60.
Reine	Aug. Berendt	Schternstraße 56.
Niedlingen	H. Wesche	Ridlingen 151.
Winsen a. d. L.	J. Rudwiczak	Bahnstraße 35 B.
Mersburg	Herrn Ragner	Saalstraße 4.
Mainz	Heinrich Bitter	Kleine Langgasse 6.
Wald	Wilh. Schäfer	Rauschwalderstraße 137 I.
Wiesfeld	Karl Büchel	Dorfstraße 5.
Gelle	Th. Heinrichs	Schornsteinfegergasse 11.
Gerford	Sabelgunt	Rosenstraße 166.
Ohrenbach a. M.	Christian Schultzeis	Waldstraße 47.
Altona	H. Ruffe	Gr. Carlstraße 95, III. Ottenen.
Bremen	Alb. Tiedjen	Schlachte 29.
Burg bei Magdeb.	W. Klübe	Ackerstraße 15.
Alteine in Westf.	Karl Klein	Tiefstraße 372.
Höchst am Main	Fr. Strenger	Schloßplatz 1, Hinterh.
Langenselb.		
Stellingen	Friedr. Hof jun.	Bahrenfelderweg.
Frankfurt a. M.	Gustav Flemming	Burgstraße 80.
Niedheim	Friedr. Müller	Wegstraße 4.
Bergedorf	H. Krüsmann	Hermannstraße 2, I.
Wilschdorf	Paul Butter	Reiherfließ 154.
Barmen	Gust. Böhde	Altestraße 176 b.